

Subventionen in Milliardenhöhe

Welche Kosten Atomkraft tatsächlich verursacht

Atomstrom ist billig – das ist einer der bestgehegten Mythen der Energiewirtschaft. Und er ist wahr – aus Sicht der Atomlobby, die seit Jahren großzügig subventioniert wird.

Die Organisation »Global 2000« beziffert die zwischen 1994 und 2011 von der europäischen Atombehörde Euratom vereinbarten oder geleisteten Forschungssubventionen auf 6,8 Milliarden Euro. Die tatsächlichen Subventionen sind sehr viel höher, häufig auch geheim, wenn sie in die Militärforschung eingebettet sind.

Ein entscheidender Kostenfaktor ist das Problem der Atommülllagerung. Kraftwerksbetreiber müssen hier

für Rücklagen bilden, die jedoch nicht fest angelegt sind, sondern für gewinnbringende und steuerfreie Spekulationen eingesetzt werden. Derzeit bewegen sich diese Spekulationsgelder zwischen 40 und 70 Milliarden Euro und sind eine lukrative Einnahmequelle für die Betreiber. Das Problem: Diese Geldanlagen sind alles andere als sicher. Gehen sie verloren oder meldet ein Betreiber Konkurs an, trägt der Steuerzahler die vollen Kosten – und zwar für die Lagerung hochgiftigen Materials über eine Dauer von 250.000 Jahren.

Welcher volkswirtschaftliche Schaden entstünde durch eine Katastrophe der Größenordnung Tschernobyls in ei-

nem dicht besiedelten Land wie Deutschland? Die bittere Wahrheit lautet: Kein deutscher Atomreaktor ist auch nur annähernd in der vollen Deckungshöhe versichert. Schätzungen gehen bei einem Super-GAU von einer möglichen Schadenshöhe von 5.000 Milliarden Euro aus. Auch unter Berücksichtigung höherer Sicherheitsstandards würden die Kosten für eine Kilowattstunde Atomstrom nach einer Rechnung von Greenpeace um 1,75 Euro auf fast zwei Euro ansteigen.

Uran ist endlich. In 50 Jahren wird Uran nur noch aus dem Meer gefördert werden können, was etwa 660 Millionen Dollar Erschließungskos-

ten pro Jahr bedeutete und für alle deutschen Kraftwerke unrentabel wäre.

Hinzu kommen Steuerergänzen in schwer quantifizierbarer Höhe und Zuschüsse zu den laufenden Kosten der Lagerung, die sich insgesamt ebenfalls im Milliardenbereich bewegen. Die Kosten für die Polizeieinsätze anlässlich der Castor-Transporte liegen pro Transport zwischen 20 und 110 Millionen Euro. Sie werden vom Land getragen – und von den Castorgegnern, die besonders 2004 nach den Einsätzen mit teils stattlichen Bußgeldern rechnen mussten.

Zum Vergleich: Die öffentliche Förderung des Bioenergiegießdörfes Jühnde lag bei 1,5

Millionen Euro. Das Projekt ist schon heute, sechs Jahre nach den ersten Planungen, wirtschaftlich rentabel. 130.000 Arbeitsplätze sind im vergangenen Jahr im Bereich erneuerbarer Energien neu entstanden. Die Wirtschaftlichkeit ergibt sich neben geringeren Versicherungs- und Entsorgungskosten unter anderem aus den kurzen Übermittlungswegen.

Aber gerade eine dezentrale Energieversorgung läuft den Interessen der Stromkonzerne zuwider. Die Unterstützung der Atomenergie aus Steuergeldern war und ist eine politische, keine wirtschaftlich sinnvolle Entscheidung.

Friederike Rüll